



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Gesundheit,
Integration, Kinder und Familie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 18.01.2018

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie
am Mittwoch, 24. Januar 2018, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 16.11.2017 und 06.12.2017
2. **18-F-21-0001**

Hausärztliche Versorgung in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 17.01.2018 -

Wiesbaden weist mit knapp 120 Prozent einen überdurchschnittlich hohen Versorgungsgrad von Allgemeinmedizinern auf. Betrachtet man allerdings die Verteilung der allgemeinmedizinischen Praxen im Stadtgebiet, erkennt man, dass sich die meisten Praxen auf die Stadtteile Mitte, Nordost und Sonnenberg verteilen. Gerade in den Vororten sinkt die Anzahl an allgemeinmedizinischen Arztpraxen. In einigen Stadtteilen, wie beispielsweise Auringen, Igstadt und Kloppenheim, gibt es gar keine Allgemeinmediziner mehr.

Die Anzahl der Arztzulassungen wird von der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) für das gesamte Stadtgebiet festgelegt. Durch die Überversorgung genehmigt die KV keine Neuzulassungen von neuen Allgemeinmedizinern für Wiesbaden. Neben der hausärztlichen Versorgung in den Vororten sinkt aber auch die Anzahl der Apotheken und anderen medizinischen Angebote.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. über den hessischen Städtetag auf die Kassenärztliche Vereinigung einzuwirken, die Anzahl der Arztzulassungen nicht auf die Gesamtkommune zu beziehen, sondern eine kleinräumigere Einteilung, wie beispielsweise auf Ortsbezirke bezogen, vorzunehmen.
2. die EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH zu beauftragen, einen Runden Tisch mit den relevanten Akteuren einzuberufen, um Maßnahmen zu erarbeiten, wie die hausärztliche Versorgung in den Wiesbadener Vororten, auch durch Unterstützung der Landeshauptstadt, verbessert werden kann.

3. 18-F-21-0002

Bericht zum Bildungs- und Teilhabepaket
- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 17.01.2018 -

Das Bildungspaket soll gezielt Kinder und Jugendliche, deren Eltern bestimmte Sozialleistungen beziehen oder ein geringes Einkommen haben unterstützen und ihnen so bessere Entwicklungschancen eröffnen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie sich die Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets in den letzten Jahren entwickelt hat,
2. wie die Berechtigten über Ihre Ansprüche informiert werden und wie das Paket beworben wird,
3. wie aktuell die Zusammenarbeit mit den Schulen aussieht und ob es für die berechtigten Schülerinnen und Schüler niederschwellige Angebote gibt, und
4. ob es Kinder gibt, die eigentlich der Unterstützung in den Bereichen Bildung und Teilhabe bedürfen, jedoch aus irgendwelchen Gründen durch das „Raster“ fallen.

4. 18-F-02-0002

Sachstandsbericht Grundstückserwerb für Zwerg Nase
- Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2018 -

In der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und in der Stadtverordnetenversammlung wurde der Grundstückserwerb für Zwerg Nase beschlossen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

über den aktuellen Sachstand zu berichten und einen Ausblick auf den weiteren Zeitplan zu geben. Für die Folgesitzung soll der Vorsitzende des Stiftungsvorstandes, Professor Dr. Michael Albani, eingeladen werden, um über das Projekt zu informieren.

5. 18-A-58-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Gesundheits- und Integrationsbereich

6. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 17-F-02-0015

DL 01/18-1

Grundwerte des Zusammenlebens in Wiesbaden
- *Bericht des Dezernates VII vom 30.11.2017* -

2. 17-F-08-0068

ANLAGE

Erhalt der offenen Angebote des Kinderhauses Elsässer Platz
- *Bericht des Dezernates VII vom 15.12.2017* -

3. 17-V-20-0051

DL 01/18-2

Investitionscontrolling 3. Quartal 2017

4. 17-V-20-0054

DL 02/18-1

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2017 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

5. 17-V-51-0016 DL 03/18-1
Wiesbaden International - eine Stadt stellt sich international auf
- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 23.01.2018 -
6. 17-V-51-0035 DL 02/18-4
Bericht Entwicklung Grundschulkinderbetreuung und Ganztägige Angebote
Schuljahr 2016/2017
7. 17-V-51-0038 DL 02/18-5
Pakt für den Nachmittag; Bericht über die Pilotphase 2016/17
8. 17-V-51-0045 DL 01/18-6
Nachwahl von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses
9. 17-V-51-0047 DL 02/18-6
Erhebung der Fehlbelegungsabgabe; dauerhafter Personalbedarf / Entfristung von 3 Planstellen
10. 17-V-51-0050 DL 01/18-7
Ev. Kindertagesstätte Nordenstadt, Umbau und Sanierung
11. 17-V-80-8011 DL 01/18-11
Fortsetzung des Arbeitsmarktprojektes Gewerblich-technische und hauswirtschaftliche Helfer
12. 18-V-12-0001 DL 03/18-4
Monitoring Weiterbildung - Fortschreibung bis 2016
- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 23.01.2018 -
13. 18-V-20-0005 DL 03/18-3 NÖ
Betrachtung der Altenhilfe Wiesbaden GmbH mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen
- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 23.01.2018 -

Seite 5 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie am 24. Januar 2018

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Rutten
Vorsitzender